

(Kreis-Anzeiger)

(Zahn = Vote)

(Freiſſ-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Cr. 239

Bad Gmünd, Freitag, den 17. Oktober 1919

71 Jahrgang

Deffnung der Deutschen Archive

entlicher Protest gegen die Däneschperre.

Berlin, 16. Okt. Die deutsche Friedensdelegation dieses wurde beauftragt, gegen die über die deutsche in der Ostsee verhängte Sperre, insbesondere der Ausdehnung auf die territorialen Gewässer unter auf die durch diese Maßnahme herbeigeführten verheerenden wirtschaftlichen Folgen dringende Vorstellungen der Entente zu erheben.

Heimkehr von Simon Sanderö.

Berlin, 16. Okt. Nach einer hierher gelangten
Mittheilung ist General Liman von Sanders nunmehr von
hier in Freiheit gesetzt worden, ohne daß gegen ihn
eine Anklage erhoben worden sei.

Niederlage der Bolschewiki im Osten.

London, 16. Okt. Neuter. Die Times melden von dort vom 12. Oktober: die rote Armee in Ostturkestan umzingelt und gezwungen, sich bedingungslos zu ergeben. 3000 Gefangene wurden gemacht.

Stoffenraub.

hamburg, 16. Okt. Am 14. Oktober abends wurde
Vorsteher des Bahnhofes Eidelstedt bei Altona
von Lohngebern von 3 Männern mit Re-
verber, die 95 000 Mark raubten und entkamen.
wurde später gefesselt und gefesselt aufgenom-

Der Konflikt wegen der Baltentruppen.

politischen Kreisen Beckins und auf Grund einge-
reichten Meldungen wird, wie die Tel.-Union meldet, an-
genommen, daß die Kämpfe des Baltikums durch unsere
Truppen, die dem Befehle der Regierung Folge
betrachtet ein Drittel der gesamten deutschen baltischen
Truppen traten in russische Dienste.

General v. d. Goltz wird in diesen Tagen in Ver-
saget. Nach dem Abendblättern vom 15. October
dem angeblichen Nachrittsgefecht des Grafen von
an der Berliner zuständige Stelle nichts bekannt.
seiner Nachkehr wird man über etwaige Nachritts-
Mitteilung machen können. Inzwischen verbreitete
sich Zeitung Sinsab Expreß folgende Tendenzmel-
General von der Goltz, der in Riga weilt, habe Ge-
Münster gesandt, in dem er für seine Truppen,
sorgung besorgen wolle, freien Durchzug verlaßt.
Truppen setzten sich zusammen aus 75 000 Russen und
deutschen Soldaten einschließlich der eisernen Divi-
sionstruppen seien noch in Königsberg. Wenn die
von der Goltz in Petersburg einmarschirt sei, so
dort als russische Armee unter dem Commando
seiner Generals eintreten.

Die Sperre in der Ostsee für deutsche Schiffe
ist nach einer Mitteilung der internationalen Ma-
ritimen Kommission auch auf die deutschen Territorialgewässer.

licher Prozeß. Nach Eingang der Meldung über
erfolgte Verhaftung des deutschen Geschäftsrägers
wurde Regierung bei der leitlichen Befandtschaft um
Aufklärung über diesen Fall gebeten und, voraus-
gesetzt die Nachricht bestätigen sollte, gegen die Wie-
derholung des Exterritorialitätsrechtes nachdrücklichen
Erhoben; gleichzeitig ist darauf hingewiesen worden,
daß die Regierung, wenn diese völkerrechtswidrige Maß-
nahme umgehend zurückgenommen werde, entsprechende Ge-
genmaßnahmen ergreifen müsse.

Die Antwort auf die Entente-Rote. Dem Reichshaus nach ist am Donnerstag Deutschland die baltische Rote übergeben worden. Sie weist auf die deutschen Maßnahmen hin, um die Truppen und zum Bericht auf die von der lettischen Regierung versprochenen zu bewegen. Es heißt dann: Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in Letten anerkannt, noch mit einer solchen irgendwelche Beziehungen. Sie hat den deutschen Soldaten strengstens verboten, in Letten einzutreten, und mit denjenigen, die dies gethan haben, jede Verbindung abgebrochen. Es heißt bei den russischen Kampstruppen im Baltikum kein deutscher Soldat, über den die deutsche Regierung noch irgendwelche Ansprüche hätte. An der Ostfront des Nordbalt sind keine deutschen Kommando unter Truppen betheilig. Die politischen und militärischen Generals Maximal-Bermond werden in keiner Weise Deutschland heftig gegen das lettändische noch russische Volk irgendwelche kriegerischen Absichten. Die Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die alliierten Regierungen eine internationale Kommission politischen Probenzonen entsenden wollen. Sie bittet die Kommission, sobald wie möglich abreisen und zur Vermeidung der künftigen Stellen einen kurzen Aufenthalt zu lassen. Die Kommission wird sich durch ihren Bericht überzeugen, daß die gegen die deutsche Regierung Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

— Die finnische Regierung befaßt sich mit dem Friedensangebot Rußlands und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

— Gegen Petersburg soll nach einer Meldung der National Tidende aus Reval in einigen Tagen eine heftige Offensive beginnen. Die Times melden aus Reval, daß die Vorhut des Generals Judenitsch an der Bahn nach Petersburg rasch vordringe. Wolosnowa, 40 Meilen von Petersburg, wurde am Sonntag genommen, dabei fielen mehr als Tausend Gefangene und mehrere Kanonen und Panzerzüge den freiwilligen Truppen in die Hände. Die freiwilligen Truppen nähern sich dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Suga bis auf drei Meilen. Pleskau ist wieder genommen. Die russischen freiwilligen Truppen bringen jetzt Tag für Tag 15 Meilen vor. Die hochdeutschen Truppen weichen vor Denikins Angriffen zurück. Es geht das Gerücht, daß die Sowjetministerien in Petersburg am Donnerstag geschlossen waren und daß alle Arbeit still liegt.

— Die Lage in den Baltischen Ländern ist noch unklar. Oberst Vermond hat beauftragt, den Funkspruch des Generals Jukentich, worin dieser ihn zum Verwalter an der Heimat erklärt und mit seinen Truppen aus den Verbänden der Nordwestfront ausschloß, mit einem Funkspruch, worin Oberst Vermond seinen Angriff gegen die lettischen und estnischen Truppen mit der Notwendigkeit der Sicherung seiner Truppen begründete und die Hoffnung ausspricht, durch die folgenden Operationen seinem Vaterlande wie auch der Nordarmee zu nützen.

— Das Schicksal von Riga scheint beinahe zu sein. Aus Helsingfors wird gemeldet, ein Teil Rigas liege in Flammen, über die Stadt sei die Nothode verhängt.

— **Polen's Haltung.** Nach Wiener Messungen aus Warschau erklärte der polnische Staatssekretär des Heeres und des Flusses gegenüber dem fremden Gesandten in Warschau, daß die Letzten ihre Kräfte unbesorgt gegen die deutsch-russische Armee zusammenziehen könnten. Polen werde einen solchen Augenblick nicht gegen die Letzten verpassen.

— Der Widerstand der Bolschewisten wird nach einer Meldung der Tel.-Union aus dem Haag immer fruchtbarer. Judenitsch hat St. Petersburg fast erreicht; Seine Truppen besaßen sich um dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Gatschina, etwa 25 Meilen nördlich von St. Petersburg. Man erwartet, daß sich die Stadt bis zu den ersten Novembertagen ergeben wird. Auch Denikin macht gute Fortschritte und hat, wie gemeldet, Orel genommen. Auch andere Städte auf dem Wege nach Moskau wurden von den Donkosaken eingenommen. General Vermondt hat den Belten einen zweiten Vorschlag zu einer Waffenruhe gemacht, der aber abgelehnt worden ist. Im Süden haben die Polen weitere Fortschritte gemacht und Lecheln Kolono.

Die besetzten Gebiete.

— Der Präsident der Rheinlandkommission, Habas, meldet: Als Oberkommandirender der Rheinlande und als Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission wurde Paul Livad ernannt.

Die Anhänger der Rheinischen Republik machen wieder einmal von sich reden. Der Frankfurter Zeitung wird aus Köln gemeldet, daß Ausschüsse zur Errichtung einer Rheinischen Republik in 23 Städten des besetzten Gebietes an die Reichsregierung und gleichzeitig an den Völkerrath einen Einspruch gerichtet haben. Sie gehen davon aus, daß der Friedensvertrag einschneidende Bestimmungen für das Rheinland getroffen habe, ohne die Bevölkerung selbst um ihre Meinung zu fragen. Erbriefliche Vermuthung durch die Hohe Kommission der Entente sei ohne Mitwirkung des rheinischen Volkes undenkbar. Nun habe die deutsche Regierung zwar einen Reichskommissar ernannt und ihm einen parlamentarischen Beirat gegeben, aber beides sei ohne Befragen der Bevölkerung geblieben. Deshalb beantragen die 23 Ausschüsse sofortige freie Wahl einer rheinischen Volksvertretung. — Die Frankfurter Zeitung schreibt hierzu u. a.: Ob diese Geschichte irgendwie ernst zu nehmen ist, oder ob es sich um eine der wenig erfreulichen Hoffen handelt, an die uns im Rheinland die Dörten, Pfalz und Gessinnungsgenossen gewöhnt haben, das hängt natürlich von den Personen ab, die darüber reden. Wir möchten vorerst, ohne die Namen zu kennen, dabov warnen, der Sache zu große Bedeutung beizulegen. Es ist ein, auch von manchen Zeitungsblättern mitgetheilter Schwindel, zu sagen, der parlamentarische Beirat beim Reichskommissar in Coblenz sei von Berlin aus „einges. ht“. Er ist von sämtlich, n im Rheinland gewählten Volksvertretern ihrer delegiert worden. In jeder Richtung also meadet sich der Einspruch seiner noch ungenannten Ausschüsse an die falsche Adresse.

Das Berliner Zentrumsorgan Germania erklärt, daß die Zentrumspartei mit dieser Anlegenheit nichts zu tun habe, und daß es sich um ein Privatunternehmen einer mehr oder minder größeren Anzahl von Leuten handele, für das die Verantwortung zu übernehmen, die Zentrumspartei ganz entschieden ablehnen muß.

Die Friedensverhandlungen.

— Das Schicksal von Danzig und Memel. Der Oberste Rat der Allirten hat die Kommission für polnische Angelegenheiten beauftragt, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Danzig zu einer freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes zu machen und Polen die Kontrolle und die Verwaltung des Hafens und der Weichsel zu sichern. Der Oberste Rat genehmigte ferner die Antwort auf die Note der deutschen Delegation bez. Memels. In dieser Antwort wird

gefast, daß die aliierten und assoziierten Mächte den Verfaßter Beschluß über dieses Gebiet nicht erörtern wollen, die Lösung siehe keineswegs Deutschland, sondern nur den aliierten und assoziierten Mächten an. Wenn die Polen die Kontrolle und die Verwaltung des Danziger Hafens und der Weichsel bekommen, so ist der Charakter Danzigs als freie Stadt vernichtet. Der Hafen ist das Organ Danzigs, ohne das die Stadt, zumal jetzt nach der Belagerung von seinem Hinterland Preußen, nicht leben kann. Die Stadt ist damit entgegen den bisherigen Versprechungen der polnischen Wälfür ausgeterrt.

Im amerikanischen Senat kam es bei der Debatte über den Friedensvertrag zu einer neuen Demonstration gegen Wilson. Der demokratische Senator Keed aus Missouri kam nach längerer Rede zu dem Ergebnis, daß die Demokraten weder den Friedensvertrag noch den Völkerverbundsentscheidungs in seiner jetzigen Fassung annehmen können. Auf den Galerien des Senats entstand eine stürmische Kundgebung, der sich zahlreiche Soldaten anschlossen, welche riefen, der Friedensvertrag dürfe nicht angenommen werden. Darauf beantragte Senator Lodge, um den Eindrud der Rede von Keed auf die Senatoren einwirken zu lassen, die Vertagung der Debatten, die einstimmig angenommen wurde.

Das kanadische Parlament hat, wie der Nieuwe Rotterdamse Courant aus Ottawa meldet, den Friedensvertrag mit Oesterreich genehmigt.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 15. Oktober

Am Regierungstisch: Hirsch, Dr. Sebekum und Braun.
Für zweiten Beratung stehen der Nachtrag und der
geteilte Nachtrag zum Staatshaushalt für 1919 und
die Ergänzung zu den Gesetzen betr. die vorläufige Regelung
des Staatshaushaltes für 1919.

Berichterstatter Abg. Dr. Schmiedding (Str.): Durch
 die zuletzt aufgeführte Vorlage wird die vorläufige Regelung
 des Staatshaushaltes für die Monate Oktober bis Dezember
 1919 ausgedehnt, der zweite Nachtrag fordert 36,75 Milli-
 onen ordentliche Einnahmen und 31,4 Millionen darunter
 und 5,3 Millionen einmalige Ausgaben an. Unter den Aus-
 gaben sind 30 Millionen Mark zur Vergütung für Schö-
 nungseisen ausgevorfen. Außerdem als Vergütung für
 die sechs parlamentarischen Unterhausssekretäre 120 000 Mk.
 und als Vergütung für die Beiräte in den einzelnen Minis-
 terien 72 000 Mark. Unter den einmaligen Ausgaben sind
 720 000 Mark für Vorkaufsarbeiten als Rohkauf-
 arbeiten an der ostfriesischen Küste ausgevorfen.

Abg. Graef-Flinck (Dn. Sp.): Der Nachtragsetat, der die Kosten für das Volkswohlfahrtsministerium in den Haushaltsplan eingliedert und also nur noch formale Bedeutung hat, findet ebenso unsere Billigung, wie der 2. Entwurf. Dieses auch hinsichtlich der Ergänzung des Schanzenwehnskredits von 10 auf 15 Millionen Mark. Wir begrüßen auch ganz besonders den Schutz der kleinen Rentner, die durch die Verteuerung der Lebenshaltung weitaus am schwersten getroffen werden. Bei dem zweiten Nachtragsetat können wir die Vergütungen für sechs parlamentarische Unterstaatssekretäre und Beiräte nicht bemitleiden.

Die Abgg. Richter-Kemmlinger (Soz.), Schloßmann (Dem.), Dr. Rosenfeldt (Unabh.) und Dr. Leidig (Deutsche Volkspartei) stimmen namens ihrer Parteien der Vorlage zu.

Die Nachträge und das Ergänzungsgesetz werden in zweier Lesung nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses angenommen.

In der dritten Sitzung des Ergänzungsgesetzes wurde
Hö. Dr. Rosenfeld in langen Ausführungen gegen
den Belagerungszustand, die Zeitungs- und Versammlungs-
erhote und die Schutzhaft und erklärt, daß seine Partei
dieser Regierung nichts bewilligen werde.

Ministerpräsident Hiesich. Der Redner hätte seine Beschwerden gegen den Reichswehrminister Roste dort vorbringen sollen, wo Herr Roste sich verteidigen konnte. Was der Hofenfeld uns als Sünden vorwirft, sind Dinge, die die Unabhängigen selber fortgesetzt getan haben und die uns gerade dazu zwangen, das zu tun, was sie jetzt an uns kritisieren. Also, fassen Sie sich an Ihrer eigenen Nase, wenn Sie uns Vorwürfe machen. Wenn sich Unabhängige an mich in Fällen gewandt haben, wo die Schmachhaft zu Unrecht erhängt sei, und ich mich davon überzeugt habe, so habe ich stets für die Aufhebung gewirkt. Das Verbot der „Freiheit“ bedauere ich selbst, denn mit jedem Tag ihres Erscheinens werden immer größere Massen von Arbeitern von der Arbeit dieses Blatt erlöst. Wenn Sie nicht durch die „parteiliche“ sehen, so müssen Sie doch selbst zugehen, daß es sich um die erhellendsten und erbärmlichsten Angriffe handelt, die es nur geben kann. Gewiß ging der frühere Regierung rücksichtsvoller gegen die Opposition vor. Aber die damalige Opposition pflegte auch nicht mit Maschinengeheuren zu arbeiten. (Sehr gut!) Ein großer Teil von Ihnen empfindet doch nicht mit geistigen Waffen, sondern sucht die Regierung mit Gewalt zu stürzen. Dem Staatsministerium die Aufhebung des Belagerungszustandes zu empfehlen, bin ich gern bereit, wenn ich die Gewähr habe, daß Sie sich auf dem Boden der Verfassung stellen, die Gesetze achten und nicht bloß einen Zustand anstreben, wo Sie die Macht haben und den Tag dazu knüpfen. Den Belagerungszustand erneut verhängen. Ohne den Belagerungszustand würde es uns nicht möglich sein, die Geschäfte ruhig und schicklich zu führen. (Beifall.)

Fortsetzung folgt

Vermögen von 5000 bei Vermögen von Ehegatten 10000 Mark erhöht worden ist. Außerdem ist der Vermögensnachlass 25 dahin abgeändert, daß einem Abgabepflichtigen, dessen Vermögen nicht über 100000 Mark und dessen Einkommen nicht über 5000 Mark beträgt, die Abgabe von 10 Prozent zinslos gestundet werden muß, falls er die Befriedigung des Lebensunterhalts zur Entrichtung der Abgabe nicht imstande ist. Fernerhin kann grundsätzlich in besonderen Fällen eine Teilzahlung oder ganze Stundung gestattet werden.

Deutsch-Österreich.

Tiroler für den Anschluß an Deutsch-
In Innsbruck fand eine Massenversammlung von Tirolern statt, in welcher die Landräte Albram Scheibin mit energischen Worten abermals den Anschluß an Deutschland verlangten, da unter den gegenwärtigen Umständen Deutsch-Österreich ein lebensunfähiges Gebilde sei. Die Tiroler Abgeordneten der Nationalversammlung wurden aufgefordert, mit aller Energie trotz des anstehenden Standpunktes der Verbandsmächte dahin zu wirken, daß der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland zur Ausführung werde.

Ungarn.

Rückkehr zur Monarchie? In Budapest geht das Gerücht, daß der frühere Kaiser und König Karl sich vorübergehend in die Schweiz zu verziehen und sich nach Ungarn zu begeben werde. Die kürzlich in Budapest gebildete ungarische Regierung trifft große Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers. Graf Julius Andrássy, der besondere Vertrauensmann des Königs, der nach Budapest gekommen ist, verläßt am 14. und 15. mit den Führern dieser Partei.

Frankreich.

Vermehrte Militärkredite. Im Verlaufe der Diskussion in der Kammer über die Streichung der Militärkredite zeigte Leclerc, wie die Kammer vor dem Abschluß für die Vermehrung der Rüstungen Frankreichs bestanden, nachdem sie Kunde von den deutschen Rüstungen erhalten hatte. Die Kammer stimmte allen Ausgaben zu, die die geforderten Kredite übersteigen.

Der Prozeß gegen Gaillaux. Die Habsburg-Agentur hat sich der Senat bis zum 23. Oktober als oberster Instanz konstituiert, um die Verhandlungen des Prozeßes gegen Gaillaux zu beginnen. Wie der „Gaulois“ mitteilt, soll Gaillaux ein Buch mit dem Titel „Agadir“, meine auswärtige Politik, als Verteidigung seiner Politik im Jahre 1911 gegenüber Deutschland erscheinen lassen.

Türkei.

Die nationale Bewegung unter Mustafa
Pasha, die von Anatolien ausging, gewinnt immer mehr Boden. In Saloniki geht das Gerücht, daß sich die dortigen Nationalisten mit Adrianopel und Bursa der nationalen Bewegung angeschlossen haben. Die Stärke der Bewegung zeigt sich darin, daß laut Meldung der Times aus Konstantinopel Mustafa Pasha dem neuen Kabinett und der nationalen Bewegung die Unterstützung versprochen werden. Mustafa Pasha teilt die Bedingungen mit, unter denen seine Partei bereit ist, die Regierung zu stützen. Diese Bedingungen sind: 1. Die Regierung erkennt die geschehenen Bestreitungen der Kongresse von Erzerum und Sinas an. 2. Bis zum 1. Januar tritt der Abgeordnetensatz und der Erziehung einer wirksamen Kontrolle über das Kabinett kann keine Verbindlichkeiten eingehen, die auf die Zukunft der Türkei von Einfluß sind. 3. Die türkischen Delegationen bei der Friedenskonferenz müssen sich aus Männern zusammensetzen, die die Achtung und das Vertrauen der Türkei besitzen. Kemal erklärte, daß, wenn die Regierung diese Forderungen annimmt, auch gewiß andere Fragen gelöst werden können.

Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Nach gewissen Gerüchten, die von interessierten Kreisen in aller Bestimmtheit verbreitet werden, sollen die französischen Administratoren und die Besatzungsarmee die Landwirtschaftern, ihre Lebensmittel den deutschen Lebensmittellieferungsstellen nicht abzuliefern.

Es ist unnötig hervorzuheben, daß diese Gerüchte der Wahrheit widersprechen und jeder Begründung entbehren. Die militärischen Befehlshaber haben nicht nur nie, sondern sie werden auch niemals, unter welchen Umständen auch immer, die Bewohner des besetzten Gebietes dabei begünstigen, die Gesetze des Reiches nicht auszuführen, wenn diese Gesetze mit Genehmigung des Kommandierenden Generals der Besatzungsarmee in Kraft gesetzt sind.

Um den falschen Gerüchten, die zum Nachteil der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung kolportiert werden, ein Ende zu bereiten, veröffentlicht das Oberverwaltungsamt die vorstehende Mitteilung, welche als ein letzter und endgültiger Appell an alle Beteiligten aufzufassen ist.

Die Ausschreitungen in Frankfurt.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Die Eisenbahnerkammer Frankfurt a. M. hat am 13. d. Mts. den Eisenbahndirektions-Präsidenten das Zugeständnis, daß der Verkehrsausschuß an den Direktionsitzungen teilnehmen, unter der Bedingung, daß es zu keinem Ansehen unter größtenteils Beschränkungen und tätlichen Übergriffen der Person der Präsidenten gekommen. Der Verkehrsausschuß hat die Angelegenheit erwiesen, daß es sich bei der Ausschreitungen um einen planmäßigen Vorstoß gegen die Eisenbahndirektion, um eine Machtdemonstration, handelt. Nur so ist verständlich, daß am 14. Oktober der Rücktritt weiterer Beamten und der Ausschluß des allgemeinen Eisenbahnerverbandes von der Mitarbeit verlangt wurden. Damit beschreitet der Eisenbahnerverband einen Weg, der notwendigweise zu einer weiteren Schädigung der Allgemeinheit führt. Das Verhalten ist also verantwortlicher, als die gesetzliche Regelung der Arbeitervertretungen in den Betrieben unmittelbar bevorsteht.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Zum Oberforstmeister bei der Regierung in Wiesbaden
an Stelle des verstorbenen Oberforstmeisters Dandemann ist Herr Regierungsrat Geh. Regierungsrat Behr, v. d. Rhein, ernannt. Er übernimmt die Geschäfte am 1. Dezember.

Wahlkämpfe. 16. Okt. Für die Stadtverordnetenwahlen in Wiesbaden sind zwei Wahlvorschläge eingegangen, nach denen die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien wegen Aufstellung einer einheitlichen Vorschlagsliste gescheitert sind.

Nach den bereits durch den Wahlausschuß veröffentlichten Wahlvorschlägen wird in das neue Kollegium keines seiner früheren Mitglieder wieder einziehen.

Aus Diez und Umgegend.

Ein Gewitter mit Hagel zog am Mittwoch nachmittag über unsere Stadt.

Die sozialdemokratische Versammlung, die für Samstag abends 8 Uhr nach dem „Hof von Holland“ einberufen war, muß wegen der Frühlingszeit der Polizeistunde bereits um 7 Uhr beginnen.

Aus Nassau und Umgegend.

Die Deutsche Volkspartei hat hier eine neue Ortsgruppe erhalten. Nach einem Vortrag des Lehrers Böhmer wurde die Gründung beschlossen und auch gleich der Vorstand gewählt, der sich aus den Mitgliedern Lehrer Böhmer, Postsekretär Kopper, Georg Creelius, Schneidermeister W. Wild, Landwirt Emil Pape und Postkassierer Ehr. Neusch zusammensetzt. In den Ortsgruppen der Umgebung sollen Vertrauensmänner gewonnen werden; für Veranschaulichungen wurden die Herren Lehrer Lohmann und H. Schütz bestimmt. In Kürze soll eine größere Versammlung stattfinden, in der ein auswärtiger Redner die Ziele der Deutschen Volkspartei vorlegen wird. In geheimer Wahl wurden, wie schon gemeldet, als Kandidaten für die Stadtverordnetenliste die Herren Dr. Anthes, Postmeister Müller, Postkassierer Ehr. Neusch bestimmt; als Ersatzmänner die Herren Schneidermeister W. Wild, Schmiedemeister W. Schuerm. Buchdruckermeister A. Müller.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Opfertag. Da die Kurkommission in dankenswerter Weise den Saal für das Konzert der Bad Ems Stadtkapelle am 11. unentgeltlich zur Verfügung gestellt und die Kapelle auf jede Vergütung verzichtet hatte, konnte von der Einnahme aus dem Programmverkauf in Höhe von 449 Mark der Opfertagspende die schöne Summe von 404 Mark zugeführt werden. Am Opfertage selbst wurden in Bad Ems 454 Mark gespendet, jedoch der Gesamtbetrag auf 4948 Mark kam. Dazu kommen noch einige nachträglich eingegangene Gaben, jedoch zu hoffen ist, daß das Endergebnis 5000 Mark erheblich übersteigen wird. In Bad Ems sind 168 Mark, in Kemmenau 100 Mark, in Salsburg 90 Mark, in Miffelberg 44 Mark, in Sulzbach 115 Mark und in Zimmerchied 39 Mark gespendet worden.

Die Stadtverordneten genehmigten in ihrer gestrigen Sitzung den Bau- und Kulturplan für 1920, der eine ausreichende Versorgung der Bürgerstadt mit Brennholz vorsieht. Den Kriegsbewilligten wurde eine einmalige Spende von 1000 Mark bewilligt. Die Lustbarkeitssteuer für öffentliche und geschlossene Bälle wurde auf das Dreifache, auf 25 Mark, erhöht. Der Tarif mit den städtischen Arbeitern wurde gemäß den Forderungen der Arbeiter genehmigt. Den städtischen Beamten wurde die Nachzahlung einer Teuerungszulage, bei der sie weniger als die Staatsbeamten erhalten hatten, sowie eine Beförderungsbeförderung nach den Sätzen der Staatsregierung zugestimmt, insgesamt etwa 32000 Mark. Zu einer Gleichstellung der städtischen Beamten mit den Staatsbeamten für alle Zukunft konnte sich die Versammlung nicht entschließen, weil die Stadt dabei Gefahr läuft, Lasten übernehmen zu müssen, die über ihre Kraft gehen. Auch den Ruhegehaltsempfängern wurden Teuerungszulagen bewilligt.

1. Frucht, 16. Okt. Nach einem Vortrag des Winterschuldirektors Glad-Neufeld wurde die Gemeinde-Bauernschaft Frucht gegründet, die Zahl der Mitglieder beträgt einhundert 31. Bei der Wahl des Vorstandes wurden Theod. Löwenstein mit 18 Stimmen als 1. Vorsitzender, und Hartmann Neufeld mit 16 Stimmen als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Wilh. Obel, Phil. Weder und Joh. Konshauer.

2. Vecheln, 17. Okt. Der hiesige Sportverein hält am kommenden Sonntag, die schon so lange in Aussicht genommene Tanzbelustigung ab, wozu sämtliche Vereine, Freunde und Gönner herzlich eingeladen sind. (1. Anz.)

Wahlkampf.

Gewerbe-Politik.

Bezüglich des Zusammenschlusses aller Gewerbetreibenden von Bad Ems bringt der Unterzeichnete einen Auszug aus den bemerkenswerten Ausführungen des Handwerkskammersekretärs Dr. Wienbeck-Hannover, die bei der von über 600 Vertretern besuchten Gründungsversammlung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes am 21. September ds. Js. zu Hannover gebilligt wurden.

Dr. Wienbeck verlangte, dem Handwerker die Notwendigkeit klar zu machen, sich zur Durchführung seiner wirtschaftlichen Forderungen am politischen Leben zu beteiligen. Das Handwerk sei bereit, entsprechend der neuen Staatsform an der Regierung teilzunehmen, insbesondere sei es einverstanden mit der Bildung des Reichshandwerksrats. Es bleibe den selbstständigen Handwerkern weiter nichts übrig, als politisch mitzukämpfen. In welcher Partei, das hiesse ihnen der Bund anheim. Nicht eine eigene politische Handwerkerpartei solle gebildet werden, aber eine politisch orientierte Organisation des Handwerks bis in das letzte Dorf sei erforderlich, die mächtig genug sei, um mit den Parteien verhandeln und die Aufstellung von Handwerker-Kandidaten an aussichtsreicher Stelle durchsetzen zu können.

Dieses war der wesentliche Punkt, den ich in meinem Vortrag in der Gründungsversammlung im Rathaus am 12. August ds. Js. hervorgehoben habe. Heute schon, kurz nach Entstehen der Vereinigung aller Gewerbetreibenden von Bad Ems, kommen einige unzufriedene Kandidaten verschiedener politischer Parteien und versuchen, die junge Vereinigung zu einer politischen Mittelstandsvereinigung zu stempeln. Kaufen diese gegen die politischen Parteien bestehenden Elemente, die vorerwähnten 600 Handwerkervertreter und Dr. Wienbeck seien schlecht unterrichtet gewesen, als sie für Parteipolitik eintreten?

Den Mitgliedern der neu gegründeten Vereinigung aller Gewerbetreibenden von Bad Ems rufe ich zu:

„Haltet fest an dem, was Ihr geschaffen, lernt von denen, die außerhalb von Ems das gleiche Ziel verfolgen wie Ihr, beireuen durch solche, die nur egoistische Eigenbröckel befeuern durch solche, die nur egoistische Eigenbröckel beweisen.“

J. Basse, Architekt.

Das Amtliche Kreisblatt fällt heute aus.

Amtlicher Teil.

République Française.

Administration des Territoires

Allemands Occupés.

Cercle d'Unterlahna

(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

An die Herren Kaufleute und Industriellen

Die Herren Großkaufleute und Industriellen können im Informationsaal

der Kreisverwaltung zu Diez, Bahnhofstraße 7, Liste des Erzeugnisse rheinischer Herkunft einsehen, die in Frankreich eingeführt werden können, ohne daß eine Einfuhrgenehmigung nötig ist. Auch werden dort dienliche Auskünfte erteilt, um die Einfuhrgenehmigung für Erzeugnisse zu erlangen, die nicht auf dieser Liste stehen.

Diez, den 14. Oktober 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung über die Kartoffelverjüngung vom 18. 7. 1918 — Reichsgesetzblatt Seite 738 — der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 4. 9. 1919 und der Bestimmungen der Reichskartoffelstelle vom 4. September 1919 wird in Ergänzung der Verordnung des Kreisausschusses vom 22. September 1919 — Kreisblatt 202 — für den Unterlahnkreis folgendes bestimmt:

§ 1.

Die im Unterlahnkreis gemachten Kartoffeln werden hiermit zu Gunsten des Kreises beschlagnahmt.

§ 2.

Das Verbrennen von Kartoffeln in den Branntweinbrennereien sowie das Verfüttern von Kartoffeln ist verboten. Nur diejenigen Kartoffeln dürfen verfüttert werden, die die Mindestgröße von 2,72 Ztm. nicht erreichen und die für den menschlichen Genuß unbrauchbar sind.

§ 3.

Der Verkauf und die Ablieferung von Kartoffeln ist mit Wirkung vom 22. Oktober 1919 ab verboten.

§ 4.

Die Erzeuger von Kartoffeln sind verpflichtet, diejenigen Kartoffelmengen, die sie zur Ernährung ihrer Familienangehörigen (5 Zentner pro Kopf) und die sie zur Ansaat für das kommende Jahr (10 Zentner pro Morgen) zurückbehalten dürfen, auszuheben. Die übrigen Kartoffeln sind für die Ablieferung bereit zu stellen. Die Feststellung der ablieferbaren Kartoffelmengen hat durch die Wirtschaftsausschüsse am 22. Oktober stattzufinden. Bis zum 25. d. Mts. haben die Gemeinden den Kreisausschuß anzuzeigen, welche Kartoffelmengen in den Gemeinden noch überschüssig sind. Ueber die Abgabe der überschüssigen Kartoffeln wird der Kreisausschuß Verfügung treffen.

§ 5.

Wer den vorstehenden Anordnungen nicht nachkommt, oder wer denselben zuwiderhandelt, wird, soweit nicht eine Bestrafung nach § 18 Nr. 2 der Verordnung über die Kartoffelverjüngung eintritt, mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft bestraft.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Kreisblatt in Kraft.

Diez, den 16. Oktober 1919.

Der Kreisausschuß des Unterlahnkreises.

J.-Nr. II. 9680.

Diez, den 16. Oktober 1919.

Die vorstehende Anordnung ist notwendig geworden, weil es bei der diesjährigen geringen Kartoffelernte, dem Schleichhandel und der Zurückhaltung durch die Landwirte, den Bezugsberechtigten nicht möglich gewesen ist, ihren Kartoffelbedarf selbst einzudecken. Die Ablieferung der vollständigen Kartoffelmengen an die bezugsberechtigten Bevölkerung ist aber mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit unaufschiebbar. Nachdem der Preis für die Kartoffel entgegen der Höchstpreisfestsetzung der Provinzialkartoffelstelle auf 9 Mark zuzüglich der Anfuhrgebühr erhöht worden ist, ein Preis, den die landwirtschaftliche Interessen-Organisation ausdrücklich für ausreichend bezeichnet hat, muß von den Landwirten erwartet werden, daß sie zur Sicherstellung der Volksernährung und im Interesse der Ruhe und Ordnung den Lieferungsansprüchen der Bevölkerung und der Städte unweigerlich nachkommen.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden haben nunmehr zunächst dafür zu sorgen, daß alle Familien ihrer Gemeinden mit den vollständigen Kartoffelmengen versorgt werden. Nachdem sind die Feststellungen, wie sie in § 3 der vorstehenden Verordnung vorgeschrieben sind, vorzunehmen.

Bestimmt bis zum 25. d. Mts. ersuche ich die Herren Bürgermeister der Landgemeinden hierher mitzuteilen, welche Kartoffelmengen in der Gemeinde

a) überschüssig sind und abgegeben werden können,

b) welche Kartoffelmengen die Gemeinde noch bedarf.

Die Angabe zu b) ersuche ich auch die Magistrate der Städte zum gleichen Termin hierher zu machen.

Nach Eingang der Berichte wird über die Lieferung der Kartoffeln an die einzelnen Gemeinden von hier aus Verfügung ergehen.

Die von den Versorgungsberechtigten bereits eingelagerten Bestände werden demnach, da in vielen Fällen eine Ueberschneidung stattgefunden hat, durch eine besondere Aufnahme festgestellt. Nur die großen Schwierigkeiten in der Kartoffellieferung, die zu einer ernstlichen Kollage der Bevölkerung besonders in den Städten geführt haben, machen vorstehende Anordnungen notwendig, deren Durchführung der Kreisausschuß mit allen gesetzlichen Mitteln erzwingen wird.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Schneern.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

